

Rede von Stadtrat Matthias Diefenbacher (HD'er)

zur Einbringung der Änderungsanträge am 22.11.2018 für den Haushaltsplan 2019/2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Herrn Bürgermeister,
sehr geehrte Damen & Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine letzte Haushaltsrede vor 2 Jahren endete mit dem Karl Valentin-Zitat: "Früher war alles besser, sogar die Zukunft".

Was bedeutet das heute? Das Gleiche wie damals!

Wir müssen für eine lebenswerte Zukunft sorgen. Damit nachfolgende Generationen gerade nicht zum Ergebnis kommen, dass die Zukunft früher auch einmal rosiger ausgesehen hat, als es dann tatsächlich gekommen ist.

Es bleibt für uns im Rahmen des Haushalts daher dabei, dass wir uns nur das leisten dürfen, was wir im Rahmen der Pflichtaufgaben wirklich brauchen und was solide finanziert ist.

Nichts ist selbstverständlich!

Bekannt ist die Geschichte vom Fisch, der im Wasser schwimmt, aber das Wasser als selbstverständlich gar nicht mehr wahrnimmt. Die Bedeutung des Wassers erkennt er erst, wenn es nicht mehr da ist. Und dann ist es zu spät!

Alle Zuschussempfänger sollten daher erst einmal das würdigen, was sie haben, bevor reflexartig Zuschussanträge gestellt werden, die möglicherweise gar nicht nötig sind.

Automatismen sind hier fehl am Platz.

Was ist uns also im Rahmen eines "Leisten-müssens" besonders wichtig?

1. Für uns war stets wichtig, die Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten und für eine Verbesserung der Einnahmenseite zu sorgen.

Angesichts der immer noch vorhandenen Neuverschuldung lehnen wir übermäßige Erhöhungsanträge nach wie vor ab.

Jede Form der Neuverschuldung geht erst einmal zu Lasten unserer Zukunft.

2. Ebenso nach wie vor gilt, dass die Erfüllung der Pflichtaufgaben vor Bewilligung freiwilliger Leistungen geht. Hierbei müssen wir insbesondere schon jetzt die prognostizierte negative Tendenz der Jahre 2021 ff. berücksichtigen.

Wir sehen daher derzeit keinen Grund - insbesondere bei den jetzt schon üppigen Kulturausgaben - über das hinaus zu erhöhen, was bereits im Haushaltsentwurf aufgeführt ist.

Der Spielraum ist eng.

Hierbei sind insbesondere die Folgekosten unserer Großprojekte bei Großsporthalle, Konferenzzentrum, Stadthalle und Karlstorbahnhof zu berücksichtigen.

3. Wichtig ist uns die konsequente Fortführung der Schulsanierung, die zu lange in den 90er Jahren vernachlässigt worden ist. Hierzu gehört auch die Verbesserung der Betreuungs- und Verpflegungssituation in unseren Schulen. Hinsichtlich der Kinderbetreuung in allen Stadtteilen sind die durch Schließung entstandenen Lücken schnellstmöglich zu füllen.

4. Hinsichtlich des Themas Nr. 1 in Heidelberg beschäftigt uns nach wie vor die Weiterführung des Straßensanierungsprogramms, welches bevorzugt und schnellstmöglich abgearbeitet werden muss. Die hierfür bereit zu stellenden Mittel müssen allerdings auch durch ein entsprechend ausgestattetes Personal zu bewältigen sein.

Wir fordern nach wie vor mehr Kontrolle im Straßenverkehr und schlagen eine weitere Aufstockung der Mitarbeiter des Gemeindevollzugsdienstes und des kommunalen Ordnungsdienstes vor. Die tagtäglich zu beobachtende Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr, insbesondere auch durch Fahrradfahrer, die sich beharrlich über bestehende Verkehrsregeln hinwegsetzen, erfordert die entsprechenden Maßnahmen. Die neuesten Berechnungen haben übrigens ergeben, dass sich die Mitarbeiter über die "Einnahmen" aus den Kontrollen durchaus selbst tragen.

An Kriminalitätsschwerpunkten, aber auch an Stellen erhöhter Sicherheitsanforderungen, wird eine Videoüberwachung zu installieren sein.

5. Baumaßnahmen: Dass wir die Verlagerung des Betriebshofs in den Ochsenkopf mit entsprechenden Angeboten zur Aufwertung Bergheims (hier sei insbesondere ein Stadtpark genannt) befürworten, ist bekannt. Dies muss sich auch im Haushalt niederschlagen.

6. Es ist auch an eine Aufstockung des städtischen Personals zu denken. Hier fallen uns in erster Linie Stellen beim Verkehrsmanagement ein, dessen Mitarbeiter selbst eingeräumt haben, über genug Arbeit, aber nicht genug Kapazitäten zu verfügen. Eine entsprechende Stellenerhöhung würde auch dazu führen, dass z.B. eine bessere Vernetzung der Radwege und eine effektivere Koordinierung der diversen Baustellenmaßnahmen zeitnah bearbeitet werden könnten.

Es wurde an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen, dass sich die steigende Zahl Heidelberger Bürgerinnen und Bürger auch in einer Aufstockung der Personalstellen niederschlagen muss. Besonders beeindruckend war hierbei die Grafik von Herrn Haag in der Haushaltsklausur, dass die Stadt Heidelberg, um auf das Stellenniveau Mannheims kommen zu wollen, über 900 zusätzliche Stellen schaffen müsste. Dies ist sicherlich nicht erforderlich, lässt aber Rückschlüsse darauf zu, welche Verbesserung der Personalsituation in der Verwaltung zum Wohle der Bürger durch eine Stellenaufstockung erreicht werden könnte.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Wunsch des Personalrats "Heidelberg als soziale Stadt" nach einem Topf für Mittel zur Unterstützung der Mitarbeiter bei längeren Ausfallzeiten.

7. Wir waren mit die ersten, die sich für eine Verbesserung und Neuordnung der Situation im Neuenheimer Feld eingesetzt haben. Das Verfahren ist langwierig - und dauert uns zu lange. Außerdem müssen wir feststellen, dass verkehrliche Verbesserungen, die wir uns alle so sehr wünschen, in den Entwürfen bislang zu kurz kommen.

Sofortmaßnahmen zur verkehrlichen Regelung und Beruhigung sind erforderlich. Die durch den Oberbürgermeister angekündigten Sofortmaßnahmen, wie z.B. eine gesonderte Busspur im Campus, ein Park & Ride-Parkplatz für Autos und Fahrräder mit Bus-Pendelverkehr an

der Autobahnabfahrt Dossenheim und eine Ertüchtigung des Klausenpfads werden von uns in vollem Umfang unterstützt und der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zugestimmt.

Übrigens: Wenn wir all das durchführen, was der Oberbürgermeister in den letzten Tagen im Rahmen eines "Sofortprogramms" vorgeschlagen hat, sind wir vom "Radieschentunnel", den meine Wählervereinigung vor nahezu 20 Jahren ins Gespräch gebracht hat, nicht mehr weit entfernt.

8. Ein letzter Punkt gibt uns zu denken: Wie lange kann Heidelberg sozial- und umweltverträglich wachsen? Irgendwann sind die Konversionsflächen abgearbeitet und erledigt. Auch der Verbrauch von Grün- und Landwirtschaftsflächen ist endlich und darf nur noch äußerst maßvoll erfolgen. Auch der Ausbau der Infrastruktur ist - in Heidelberg auch aufgrund der Lage - räumlich extrem begrenzt. Schon jetzt ist absehbar, dass das Wachstum nicht unendlich sein kann. Auf die Tatsache zu wenigen Personals für zu viele Aufgaben habe ich bereits hingewiesen. Wenig Personal in der Verwaltung leistet viel. Man könnte allerdings sagen, dass auch langfristig für unsere Zukunft das Preis/Leistungsverhältnis stimmen muss.

Insgesamt sind wir mit dem Oberbürgermeister und seinen Ausführungen anlässlich der Einbringung des Haushalts einverstanden. Bildung, Schulsanierung, Kinderbetreuung, bezahlbarer Wohnraum, Ausstattung der GGH, Unterstützung der Vereine, insbesondere der Sportvereine auch durch die Großsporthalle sowie eine Stärkung der Verkehrsinfrastruktur sind auch unsere Themen.

Es wurde nahezu alles aufs Gleis gesetzt und wir sollten nun – auch wieder im Sinne einer verträglichen Zukunft – nicht zu sehr "in die Vollen gehen". Auch hier: Kümmern wir uns zunächst mit den vorhandenen Möglichkeiten um die Pflichtaufgaben, bevor wir uns der Kür zuwenden.

Hinsichtlich unserer wenigen Änderungsanträge liegen uns die Umwelt, der Sport und Vereine, insbesondere repräsentiert durch die Stadtteilvereine, und Helfer der Feuerwehr und Rettungsdienste am Herzen, die ehrenamtlich tätig sind. Das Ehrenamt ist uns nach wie vor sehr wichtig.

Konkret wünschen wir uns das Vorziehen der Erweiterung des Turnzentrums. Den Sport betrifft auch eine Erhöhung der Höchstbeträge für Einzelmaßnahmen im Sportförderprogramm.

Wir sehen mit Sorge den vergangenen Sommer und wollen durch die Bewilligung zusätzlicher Mittel für Neupflanzungen Schäden kompensieren.

Außerdem wollen wir den Gesamtförderbetrag der Biotopvernetzung erhöhen, da insoweit mehr Bedarf besteht, als Folge des Insektensterbens mehr Biotope ausweisen zu können. Hier können auch Rückzugsorte für Bodenbrüter auf den Biotopflächen geschaffen werden, die auf der "Roten Liste" der gefährdeten Arten stehen.

Im Hinblick auf mein Eingangszitat möchte ich noch darauf hinweisen, dass es zwar ein alter Hut ist, aber der Satz, dass wir derzeit in der guten, alten Zeit leben, auf die kommende Generationen bewundernd zurückblicken werden, zwingt uns auch dafür zu sorgen, dass es eine "gute Zeit" wird. Steuererhöhungen, überzogene Erhöhungsanträge und Befriedigung von Klientelinteressen ausschließlich aus Gründen des Wahlkampfs ist nicht unser Ding.

Nach wie vor ist Sparen gefordert und nicht Verschenken von städtischen Mitteln mit der Gießkanne.
Vielen Dank!